BUNDES FORUM FAMILIE

Gesundheit für alle – in und mit Familien

Förderung, Hilfe, Schutz

Zentrale Aussagen des Projektes „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“

Impressum

Impressum

Herausgeber:
Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie e.V.
Inselstr. 6a
10179 Berlin

T 030 - 275 817 490
F 030 - 275 817 499
www.bundesforum-familie.de
www.kinder-brauchen-werte.de

V.i.S.d.P. : Dr. Katherine Bird
Berlin, 2011

Das Bundesforum Familie und der Druck dieser Broschüre
wird gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Gestaltung und Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin

Zeit und Gesundheit – Faktoren gelingenden Familienlebens

Zeit und Gesundheit sind für Familien oft existenzielle Fragen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Beziehungen. Gesundheit darf für Familien deshalb nicht dem Zufall überlassen bleiben oder zum Glücksfall werden, sondern bedarf der öffentlichen Verantwortung, aber auch der Beteiligung der Familien selbst. Die Zeit erweist sich als wichtiger Faktor: nicht nur als begrenzte Ressource, sondern auch als Taktgeber, der zwischen Institutionen variiert und als Zeitgefühl, das sich zwischen Familienmitgliedern unterscheidet.

Das Bundesforum Familie stellt nun die Arbeitsergebnisse dieser Projektphase einer breiten Öffentlichkeit vor. Die Mitgliederversammlung, die 2009 für das Thema votierte, legte einen breiten Gesundheitsbegriff zugrunde, der im Verständnis der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den ganzheitlichen Zustand, körperliches, geistiges und soziales Wohlsein erfasst und somit mehr bedeutet als nur die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit in diesem Sinne ist für das Zusammenleben von und in Familien von zentraler Bedeutung für die gelingende Alltagsbewältigung. Als eine Art Hintergrundfolie diente dem Bundesforum Familie hierzu der 13. Kinder- und Jugendbericht sowie weitere ausgewählte Studien und Projekte, beispielsweise die KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts oder das KECK-Projekt der Bertelsmann Stiftung. Vor allem jedoch floss die Kompetenz und Erfahrung der aktiv Beteiligten aus den Mitgliedsorganisationen und dem wissenschaftlichen Beirat als zentrales Gestaltungselement in die Arbeit ein. Durch diese Arbeitsweise ist eine enge Verschränkung von Wissenschaft und Praxis gewährleistet.

Als zentrale Herausforderung für eine familienfördernde Gesundheitspolitik wird aus Sicht des Bundesforums Familie die Zusammenführung der bisher getrennten Hilfsangebote und Unterstützungssysteme für Familien gesehen. Wir werden für die Familien auf „das Höchstmaß an Gesundheit“ drängen (Artikel 24 UN-Kinderrechtskonvention). In diesem Sinn haben alle Familien einen Anspruch auf Förderung in öffentlicher Verantwortung. Mehr denn je brauchen Familien gemeinsame Lebenszeit für ein gesundes Miteinander. Arbeitswelten und sozialer Nahraum sind hier gefordert, Sorgezeit zur Verfügung zu stellen oder zu ermöglichen. Deshalb muss den Familien auch eine Zeitautonomie zugestanden werden. Familien brauchen mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung des Zeittaktes der Arbeits- und Familienzeit.

Das Bundesforum Familie hat sich in einer Zeit für das Thema Gesundheit entschieden, in der das Gesundheitssystem finanziell neu gestaltet wurde. Wir haben uns nicht in diese Debatte eingemischt, obwohl Familien in besonderem Maße von der Neugestaltung betroffen sind. Die hier vorgestellten „Zentralen Aussagen“ können aber auch für die Neugestaltung Hilfestellung und Anregung geben und somit Teil einer ganzheitlichen „Gesundheitsreform“ werden.

„Vom Nebeneinander zum Miteinander in der Leistungserbringung“, dies stellt sich als dringende Herausforderung für ein ganzheitliches Hilfesystem dar. Hier bedarf es auf Dauer wohl einer „großen Lösung“. Familien beteiligen, Familien fördern bedeutet in der öffentlichen Verantwortung aber, stärker als bisher zu fragen: Was macht Familien gesund? Und nicht nur zu fragen: Was macht sie krank und wie kann Krankheit behoben werden? Die Lebenslagen von Familien nach diesem Prinzip genauer zu betrachten und Entscheidungen mit den Familien gemeinsam zu treffen, dürfte ei-

Vorwort

nen Handlungsrahmen darstellen, der Familien stärkt und das Gesundheitssystem langfristig entlastet.

Schwerpunkt der Arbeit war die Familienphase mit Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Der Lebenszeitraum der Familien ist jedoch umfassender und mit Blick auf die demografische Entwicklung wird die Pflege von Angehörigen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung bleiben immer einige Themen nicht genügend berücksichtigt. Die Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie sind an dieser Stelle aufgerufen, das vorliegende Arbeitsergebnis durch aus ihrer Sicht fehlende Aspekte zu ergänzen, zu konkretisieren und ihr Unterstützungsangebot für Familien in den verschiedenen Lebensphasen ressourcenorientiert zu gestalten.

Die zentralen Aussagen wurden vom wissenschaftlichen Beirat begleitet und werden von der Steuerungsgruppe herausgegeben. Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates sind:

- Dr. Giselind Berg | *Berlin School of Public Health an der Charité*
- Wolfgang Hötzel | *Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) und Mitglied der Steuerungsgruppe*
- Prof. Dr. Peter Kaiser | *Universität Vechta*
- Prof. Dr. Heiner Keupp | *Ludwig-Maximilians-Universität München (em.)*
- Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe | *Justus-Liebig-Universität Giessen*
- Marita Salewski | *Deutsche Liga für das Kind und Mitglied der Steuerungsgruppe*
- Prof. Dr. Barbara Thiessen | *Hochschule Landshut*
- Prof. Dr. Gerhard Trabert | *Hochschule RheinMain in Wiesbaden*
- Dr. Verena Wittke | *AWO Bundesverband und Mitglied der Steuerungsgruppe*
- Dr. Helga Zeiher | Gesellschaft für Zeitpolitik

In einer zweiten Broschüre sind die zentralen Grundelemente eines zukunftsfähigen Gesundheitsförderkonzeptes weiter ausgeführt und durch die Arbeitsergebnisse der drei Arbeitsgruppen – Arbeitswelt, Bildung und sozialer Nahraum –, in denen nahezu 30 Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiteten, ergänzt und unterfüttert.

Mit diesen Projektergebnissen bezieht das Bundesforum Familie Stellung zu Gesundheit für alle – in und mit Familien: Förderung, Hilfe und Schutz und bietet den gesellschaftlichen Dialog an.

Unser Dank gilt den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats, den Mitgliedern der Arbeitsgruppen, den Mitgliedern der Steuerungsgruppe sowie den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle für ihr Engagement in der kontinuierlichen Bearbeitung und Begleitung des Prozesses. Für die finanzielle Unterstützung des Projektes danken wir herzlich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Norbert Hocke
Sprecher

Magda Göller
stellv. Sprecherin

I. Grundsätze

Das Bundesforum Familie macht „Gesundheit“ in, für und mit Familien zu einem zentralen Inhalt aktueller Familienpolitik.

Alle Menschen haben ein Recht auf möglichst gesunde Lebensbedingungen. Besondere Verantwortung besteht gegenüber jungen Menschen. Ihnen steht der Anspruch auf das erreichbare „Höchstmaß an Gesundheit“ (Artikel 24 UN-Kinderrechtskonvention) durch Förderung, Hilfe und Schutz zu. Im Kindes- und Jugendalter werden zugleich wesentliche Grundlagen für die Ermöglichung von Gesundheit im gesamten Lebensverlauf gelegt. Dem Element, das die individuelle Befähigung und Teilhabe stärkend fördert, muss zukünftig gerade auch aus der Sicht von Familien ein prinzipiell höherer Stellenwert eingeräumt werden.

Gesundheit ist ein elementarer Faktor für individuelles Wohlergehen, für Lebensqualität und persönliche Leistungsfähigkeit im Interesse eigenverantwortlicher, selbstbestimmter, aktiver Gestaltung von Leben und Zusammenleben. Für junge Menschen ist Gesundheit ein elementarer Teil von Kindeswohl. Sie ist von zentraler Bedeutung für das gelingende Aufwachsen im Sinne von Entwicklung und Entfaltung eigenverantwortlicher und gemeinschaftsfähiger Persönlichkeit (siehe § 1 SGB VIII). Dem liegen gemäß WHO und Ottawa-Charta ein Gesundheitsbegriff und ein Verständnis von Gesundheitsförderung zugrunde, die weit über die medizinischen, biologischen Aspekte hinaus immer relevanter auch die physischen, sozialen, sozialpsychologischen Faktoren sowie sozialökonomischen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen einbeziehen.

Die Fokussierung auf das „Ermöglichen“ von Gesundheit und ganz besonders auf das gesunde Aufwachsen junger Menschen lenkt den Blick auf Familie. In den öffentlichen Diskursen wird Familie häufig idealisiert als „natürlicher“ Garant für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Vermehrt wird sie aber auch unter Generalverdacht unzulänglicher Sorge für gesunde Lebensführung gestellt. Es ist notwendig, sie vor allem als zentralen Ort für die Gewährleistung und aktive Mitgestaltung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen und Kompetenzen in den Blick zu nehmen. Voraussetzung dafür ist, dass alle Familien in ihren unterschiedlichen Lebenslagen die hierfür notwendigen Rahmen- und Gestaltungsbedingungen sowie bedarfsgerechten Unterstützungen erreichen. Wenn nachweislich (siehe 13. Kinder- und Jugendbericht) etwa 80 % aller Kinder unter gesundheitlich guten Bedingungen aufwachsen, so sollte ein solcher Befund nicht als selbstverständlich („naturwüchsig“) gesehen, sondern als positiver Beleg dafür gewertet werden, dass Familien in der großen Mehrzahl in der Lage und bereit sind, Gesundheit positiv zu gestalten. Es zeigt zudem, dass Staat und Gesellschaft hierzu mit wichtigen Förderbedingungen beitragen; diese dürfen keinesfalls in Frage gestellt werden. Vielmehr müssen sie als Element von „Grundsicherung“ für alle weiterentwickelt und so ausgestaltet werden, dass sie auch wirklich für alle zugänglich sind.

Alarmierend ist die andere Seite des Befunds: Ein erheblicher und zudem wachsender Teil von Kindern und Familien lebt mit massiven gesundheitlichen Problemen und Defiziten. Auch wenn diese Mängel zu einem wesentlichen Teil in der jeweiligen Lebensweise begründet sind, dürfen sie nicht als Ausdruck persönlichen Versagens oder Fehlverhaltens gewertet werden. Überwiegend sind sie eine Folge struktureller, systematischer Überforderungen

in der alltäglichen Familiengestaltung infolge fehlender materieller, personaler und ideeller Ressourcen (u.a. Einkommen, Wohnraum, Bildung, Kompetenz, soziale Integration). Das richtet den Blick der öffentlichen Verantwortung ganz besonders auf die Rahmenbedingungen Zeit, Geld und soziale Infrastruktur sowie auf den Mangel an zeit- und bedarfsgerechten Förderleistungen für Familien und deren Erreichbarkeit für alle. Die signifikante Zunahme psychosozialer Probleme bei Kindern und Jugendlichen, vor allem ab dem Schulalter bis ins junge Erwachsenenalter, weist besonders eindringlich auf den komplexen Ursachenzusammenhang zwischen Gesundheit, sozialer Lage und Lebensumwelt hin.

Damit ist die Gewährleistung adäquater Gesundheitschancen für alle im Sinne der Kinderrechtskonvention ebenso wie die Sicherung angemessener Bildungschancen zu einer zentralen „sozialen“ Frage geworden – Gesundheit im Kontext von Bildung, Teilhabe, Befähigungskompetenz, Integration und Inklusion sowie sozialökonomischer Lage. Dieser inzwischen durch zahlreiche Studien belegte und im 13. Kinder- und Jugendbericht deutlich beschriebene Zusammenhang zwingt zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung für gesundes Leben und vor allem für das gesunde Aufwachsen eines jeden jungen Menschen in und mit der Familie.

Familie ist im Sinne von Artikel 6 Grundgesetz besonders, aber nie allein verantwortlich. Dies bedeutet nicht die prinzipielle Forderung nach mehr Staat, sondern die Verpflichtung zu mehr öffentlicher Verantwortung für die Sicherstellung von Rahmenbedingungen, die unter heutigen Normen und Lebensvorstellungen Freiheit zu eigener, selbstverantwortlicher, gesunder Lebensführung erst möglich machen. Bezogen auf die Gewährleistung gesunden Aufwachsens aller Kinder entwickelt sich das Profil des „Wächterstaats“ mit seiner auf „Schutz“ fokussierten Aufgabensetzung noch stärker und konsequenter zum aktivierenden „Förderstaat“. Das Bundesforum Familie befürwortet deshalb auch die ausdrückliche Aufnahme von Kindergrundrechten – der Rechte eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung – in die Verfassung, um so den Fokus der Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft gemäß Artikel 6 Grundgesetz besonders auf die Perspektive der Förderung und Ermöglichung auszurichten.

Der Maßstab hierfür dürfen nicht herkömmliche Idealvorstellungen von Familie sein. Vielmehr muss öffentliche Verantwortung sich konsequent auf die von zunehmender Vielfalt und Unterschiedlichkeit geprägte soziale Wirklichkeit beziehen. Familienstrukturen, -stile und -mentalitäten haben sich ebenso grundlegend verändert wie die äußeren gesellschaftlichen, besonders von der Erwerbsarbeit geprägten Rahmen- und Gestaltungsbedingungen für Familienleben. Familien befinden sich zudem in einem permanenten Herstellungsprozess in vielfältigen Übergängen mit immer wieder neuen Anforderungen und entsprechendem Unterstützungsbedarf. Der wachsende Pluralismus von Lebensauffassungen und Familienformen sowie die Vielfalt unterschiedlichster Umwelten erfordern differenzierte Betrachtungen familialer Lebenskonzepte und eine entsprechende Diversität öffentlicher Hilfe und Förderung.

Das Bundesforum Familie wirbt für eine neue zeitgerechte Balance zwischen privater, familialer sowie öffentlicher Verantwortung. Letztere muss insbesondere dem Grundrecht eines jeden Kindes (und Jugendlichen) auf Förderung, Schutz, Hilfe und Teilhabe konsequent nachkommen und notwendige Hilfe- und Förderleistungen Kindern mitunter auch direkt zugänglich machen. Zugehende Förderangebote für Familien von Anfang an sowie öffentlich organisierte Gesundheitsförderleistungen z.B. in Form regelhafter Gesund-

heitsuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen bis hin zu gezielten gesundheitlichen Vorsorge- und Versorgungsleistungen bedeuten keine Eingriffe in Elternrecht und familiäre Autonomie. Sie sind vielmehr angemessene, zeitgerechte und realitätsgerechte Entlastungen und Unterstützungen im Interesse des Erhalts von Familie und deren Leistungsfähigkeit. Direkt auf Kinder bezogene Förderleistungen verhelfen Kindern verstärkt zu ihren Rechten, sie schaffen aber auch zugleich neue Zugänge zu Eltern, um sie zu beteiligen und zu aktivieren.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Situation der Alleinerziehenden, insbesondere vieler alleinerziehender Mütter, die aufgrund permanenter Alltagsüberlastungen in Folge gleichzeitiger Anforderungen durch Erwerbs- und Familienarbeit häufig selbst gesundheitlich stark beeinträchtigt sind. Diese ebenso wie viele andere besonders belastete Familiensituationen lassen sich nur strukturell durch ein höheres Maß an gesellschaftlicher Mitverantwortung, Entlastung und Unterstützung vor allem in den Bereichen Tagesbetreuung und Schule, außerschulischer Bildung, Kultur und Freizeit, sozialer und sozialökonomischer Sicherheit bewältigen. Nur so lässt sich auch für diese Kinder gesundheitsbezogene Prävention und Förderung und ein gesundes Aufwachsen chancengerecht gewährleisten.

Das Bundesforum Familie orientiert seine Leitidee, Familie unter vielfältigen Bedingungen, Vorstellungen und Mentalitäten möglich und eigenverantwortlich lebbar zu machen, am Prinzip der „Inklusion“ mit einer breiten Perspektive, die über das Zusammenleben mit behinderten Menschen hinaus auch die Überwindung intergenerativer, sozialkultureller und sozialökonomischer Barrieren einschließt. Zentraler, elementarer Ort für die Herausbildung von zu Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit und zu sozialer Mitverantwortung befähigter Persönlichkeiten sind die von Staat und Gesellschaft zeit- und realitätsgerecht unterstützten Familien sowie deren soziales und kulturelles Umfeld. Wirksam und nachhaltig ist Förderung nur dann, wenn sie lebenswelt- und situationsbezogen agiert, wenn sie sich nicht primär an Defiziten orientiert, sondern subjektbezogen an vorhandene Ressourcen anknüpft. Sie muss zu einem Höchstmaß an Selbstwirksamkeit beitragen und dabei vor allem auch die Subjektstellung junger Menschen betonen und diese stärker auch in ihrer Perspektive als demnächst verantwortliche Erwachsene in Beruf, Gesellschaft und Familie ernst nehmen. Ohne Förderung von Lebensperspektive hat „Gesundheitsförderung“ keine Chance. Sie bleibt weitgehend unwirksam, wenn sie überwiegend an normativen, vor allem von wirtschaftlichen Interessen geprägten Vorstellungen von Gesundheit und „richtigem“ Leben orientiert ist. Sie muss vielmehr positive Einstellungen zum Leben und dessen Zukunft stärken mit entsprechendem Gesundheitsbewusstsein und der Fähigkeit zur Selbstwirksamkeit.

Der zentrale Ansatz für die Gewährleistung familiengerechter und vor allem auch gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen ist das unmittelbare Lebensumfeld für Kinder und Familien, wo sie wohnen, arbeiten, lernen, spielen, zur Schule gehen, Gemeinschaft leben, Freizeit gestalten, Kultur erfahren usw. Die Gestaltung „gesundheitsförderlicher Sozialräume“ ist die systematische Perspektive für gesundes Aufwachsen und für Gesundheit in und mit Familien. Dahinter steht eine komplexe Verantwortung, die sich nicht in kommunaler Politik erschöpft. Vielmehr müssen aus übergeordneten Aspekten ganz besonders auch bundes- und landespolitische Steuerungen und Investitionen zum Abbau struktureller Standortmängel und zugleich zur Qualifizierung und Modernisierung regionaler und lokaler Lebenswelten erfolgen.

II. Zentrale Anliegen

Ausgehend von den vorstehenden Grundsätzen erklärt das Bundesforum Familie folgende Anliegen als Grundelemente eines zukünftigen Gesundheitsförderkonzepts. Es richtet sich damit zum einen im Sinne von Selbstverpflichtung an seine zahlreichen Mitglieder und zum anderen an Politik und Gesellschaft in den verschiedensten Fach- und Verantwortungsbereichen:

1. Alle Familien brauchen Förderung

Gesundheitsförderung als komplexer Herstellungsprozess positiver Entwicklungsbedingungen und -ressourcen für jeden einzelnen Menschen kann wirksam nur greifen, wenn er als Teil eines Gesamtkonzepts von Förderung organisiert wird und wenn „Förderung“ generell einen grundlegend höheren Stellenwert erhält.

Förderung muss sich als Prinzip „normaler“ Lebensgestaltung entfalten. Bei ihr geht es primär nicht um Defizit- und Risikobewältigung, sondern um die für alle Menschen bedeutsame Aneignung individueller Kompetenzen und Ressourcen. Deshalb muss es möglich, selbstverständlich und auch gesellschaftlich anerkannt sein, zur eigenen Lebensgestaltung sich das in den verschiedenen Lebens- und Entwicklungsphasen notwendige Wissen und Können anzueignen. Nötig ist ein differenziertes, niedrigschwelliges Förderangebot, das den Zugang für alle sicherstellt.

2. Öffentliche Verantwortung für Förderung verstetigen, verbindlicher machen und vernetzter wahrnehmen

Es ist ein hoher Anspruch an öffentliche Verantwortung, „Förderung“ in ihrer notwendigen Vielfalt und Offenheit dennoch als Angebot ausreichend verbindlich und für alle transparent und zugänglich zu regeln. Jeder bildungs- und förderungsrelevante Handlungs- und Aufgabenbereich in Staat und Gesellschaft ist aufgefordert, sein jeweiliges Aufgaben- und Handlungskonzept unter dem Aspekt der Förderung zu überprüfen. Alle sollten als Expert(inn)en, als Multiplikator(inn)en, als Vermittler(innen) von Zugängen usw. ihre spezifischen Möglichkeiten zum qualitativen und quantitativen Ausbau eines umfassenden Fördersystems einbringen. Vor allem muss durch entsprechende gesetzliche Regelungen dafür gesorgt werden, dass Gesundheitsförderung insgesamt in der Kinder- und Jugendhilfe einen höheren Stellenwert erreicht und in die verschiedensten Hilfeleistungssegmente integriert wird, Gesundheitsförderung als wirklich gleichwertige Säule im Gesundheitsleistungssystem durch entsprechende Leistungs- und Strukturregelungen ausgebaut wird und der öffentliche Gesundheitsdienst in zukünftig zentraler Verantwortung für die Organisation lokaler und regionaler Gesundheitsförderung wieder stärker an Profil gewinnt.

Alle Schritte sind zu verbinden mit einem höheren Grad an Vernetzung und Kooperation. Ressort-, institutionen- sowie ebenenübergreifendes Zusammenwirken sind zukünftig entscheidend für eine breitenwirksame, effektive und nachhaltige Gesundheitsförderung. Auch weit über den Kernbereich von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik hinaus müssen alle relevanten Partner ihr jeweiliges Aufgabenverständnis öffnen, Kooperationskompetenz aufbauen und im Interesse integrierter Gesamtkonzepte sowie gemeinsamer Planungen und Aktivitäten mit neuen Angebots- und Handlungsformen und neuen Zugängen zu besonders relevanten Zielgruppen zusammenarbeiten.

3. Perspektivenwechsel heißt Regelstrukturen verändern

Nachhaltigkeit und Breitenwirksamkeit von Förderung lassen sich nur erreichen, indem vielfältige Formen und Zugänge genutzt werden. Sie muss jeweils in möglichst vertraute, breit zugängliche Strukturen von Orten, Einrichtungen und Leistungen eingebaut sein. Mit gezielten Instrumenten und Einzelaktionen allein lässt sich die Aufgabe der Gesundheitsförderung nicht erfüllen. Vielmehr sind ganzheitliche Konzepte nötig, die wirklichkeitsnah auf die relevanten Lebenswelten bezogen sind. Die notwendigen Veränderungen der Regelstrukturen müssen verbunden sein mit der Schaffung guter Bedingungen für interdisziplinäre Kooperationen. Hierzu bedarf es mitunter auch „großer Lösungen".

4. Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verlangt ein umfassendes Gesundheitsförderkonzept

Die Komplexität der Gesundheitsförderung u.a. in Bezug auf Inhalte, Formen, Verantwortungen und Beteiligungen sowie die entsprechend notwendige Koordination, Vernetzung und Kooperation lassen sich nur im Rahmen eines Gesundheitsförderkonzepts bewältigen, das möglichst alle relevanten Ebenen und Bereiche einschließt. Ein solches Konzept wird geleitet von der Überzeugung, dass Gesundheit vor allem von den Lebensverhältnissen bestimmt wird. Deshalb ist der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung zu verlagern von der individualisierenden Verhaltensprävention hin zu strukturellen Veränderungen, die zur Schaffung positiver materieller, sozialer sowie sozialkultureller Lebensbedingungen beitragen.

Der Kern der Umsetzung eines entsprechenden Förderkonzepts wäre in einem alle relevanten Bereiche erfassenden „Gesundheitsfördergesetz" zu realisieren. Dieses sollte sich grundlegend von den in der Vergangenheit vorgelegten Entwürfen eines eng geführten Präventionsgesetzes unterscheiden. Gesundheitsförderung muss entgegen dem auch für den Bereich von Daseinsfür- und -vorsorge geltenden Trend zunehmender Individualisierungen, Privatisierungen und Vermarktungen, ähnlich wie dies für die Bildung gilt, zum Gegenstand öffentlicher Verantwortung gemacht werden. Statt der dem Marktdenken entsprechenden Logik von Angebot und Nachfrage muss für eine prinzipiell alle Menschen erreichende Gesundheitsförderung als öffentliche Aufgabe die Logik der Gewährleistung und Teilhabe in den Vordergrund treten.

5. Frühzeitiger und nachhaltiger fördern statt pathologisieren und medikalisieren

Die öffentliche Aufmerksamkeit für das gesunde Aufwachsen junger Menschen geschieht zurzeit vorrangig aus einer Risiko- und Misslingensperspektive. Viel wichtiger wäre es, danach zu fragen, welche positiven Entwicklungsbedingungen benötigt werden und wie diese in verlässlichen Strukturen etabliert werden können. Psychosoziale Probleme zunehmend medizinischen Beurteilungen und „Lösungen" zu übertragen, ist eine völlig unzureichende Antwort auf die Lebensprobleme, die Kinder und ihre Familien heute zu bewältigen haben.

Nötig ist eine breitenwirksame, systematische Gesundheitsförderung, die lebensverlaufsorientiert altersspezifische Entwicklungsressourcen, welche gute Bedingungen für die weiteren Lebensverläufe schaffen, aufbaut. Der Blick muss zukünftig stärker auf Förderung und Hilfe ausgerichtet sein. Dabei ist eine universell und breit angelegte Förderung der Erziehungs- und

Beziehungskompetenz von Eltern wesentlich. Auch der notwendige Schutz besonders gefährdeter Kinder durch ein erhöhtes Maß an Achtsamkeit lässt sich nicht isoliert, sondern nur im Kontext einer Gesamtstrategie von Förderung und früher, zugehender Hilfe wirksam realisieren.

6. Schule als Ort der Bildung und Gesundheit für alle Kinder gestalten

Es ist deutlich belegt, dass gesundheitliche Probleme bei Kindern, vor allem solche mit psychosomatischen Krankheitsbildern, ab dem Schuleintritt stark zunehmen. Es wäre falsch, diesen Befund nur auf der individuellen Ebene zu analysieren und die strukturellen Ursachen zu vernachlässigen, die sich aus einem Schulsystem ergeben, das dominant auf Auslese und nicht konsequent auf Förderung aller Kinder ausgerichtet ist. Die inzwischen häufig praktizierte Medikalisierung mit oft vorschnellen, einseitigen Verschreibungen von Psychostimulanzien zur möglichst schnellen „Herstellung“ erwarteter Leistungsfähigkeit wird der Problematik nicht gerecht. Sie verkennt prinzipiell die zumeist komplexen Entstehungshintergründe sowie die lösungsrelevanten sozialpsychologischen Zusammenhänge.

Wichtig sind stattdessen Wertschätzung vorhandener Stärken und die Förderung wirksamer Bewältigungsstrategien der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Familien. Zu fordern ist, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe stärker einbringt und relevante Beiträge im Hinblick auf qualifizierte Diagnosen, wirksame psychologische und sozialpädagogische Beratungs- und Trainingsangebote sowie zum Aufbau von Selbsthilfeinitiativen leistet. Dem Anstieg gesundheitlicher Belastungen im Schulalter gilt es insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sowohl in der Schule wie auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Beide Bereiche müssen für gute Bedingungen stabiler Kooperationen sorgen und das Gesundheitssystem systematisch einbeziehen, unter anderem die jugendmedizinischen Dienste im öffentlichen Gesundheitsdienst, die Landeszentralen für gesundheitliche Aufklärung, Gesundheitsfachberufe, Krankenhäuser und die Krankenkassen. Erprobte Modelle einer „gesunden Schule“, die sich mit Blick auf den wachsenden Anteil von Kindern, die nicht in das bestehende System schulischer Anforderungen und Abläufe integriert werden können, auch den mitverursachenden strukturellen Faktoren stellen, sollten sich möglichst zügig und flächendeckend im schulischen Regelangebot etablieren und vor allem auch Vorbild für den weiteren Ausbau von Ganztagsschulen sein.

7. Sozialraum zum zentralen Ort nachhaltiger Gesundheitsförderung für alle und mit allen machen

Die meisten der heute vorherrschenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen liegen im Schnittbereich zwischen Körper, Psyche und Umwelt. Damit geraten die sozialen Umweltbedingungen in den Blick, unter denen junge Menschen aufwachsen. Eine lediglich auf das Kind und/oder die Eltern zentrierte individuelle Perspektive von Gesundheitsförderung greift zu kurz. Mindestens so wichtig ist die strukturelle Sicht mit der Frage, wie das Umfeld gesundheitsförderlich, anregungsreich und auch möglichst partizipativ gestaltet werden kann. Hierin liegt besonders die Chance für das gesunde Aufwachsen auch der Kinder, die in Armut oder von prekärem Wohlstand geprägten Familien leben.

Im Sozialraum angelegte resilienz- und gesundheitsförderliche Strategien und Schutzfaktoren können familiäre Risikofaktoren abmildern

oder gar eliminieren. Kommunen ist dringend zu raten, positive Sozialraumgestaltung zum wesentlichen Inhalt ihres Handelns zu machen und hierbei den Fokus nicht primär auf Defizite und Problemkonstellationen zu richten, sondern positiv auf die potenziell schützenden und fördernden Systeme und Instrumente. Wichtig ist, durch siedlungs-, wohnungsbau- und infrastrukturpolitische Konzepte der zunehmenden sozialen Segregation in den Kommunen entgegenzuwirken und durch ein stärkeres Maß an Durchmischung und von Miteinander, Solidarität und aktive Mitwirkung der Familien und Kinder an den Lebensweltgestaltungen zu stärken und das „brückenbildende Kapital“ der bessergestellten Bevölkerung besser nutzbar zu machen.

8. Zeit als wesentlichen Faktor wirksamer Gesundheitsförderung beachten

Zeit ist ein wesentlicher Faktor für die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien. Alltäglicher Zeitmangel, Zeitdisparitäten und Zeitkonflikte insbesondere bei erwerbstätigen Eltern sowie direkter Zeitdruck auf Kinder, der im Bildungswesen erzeugt und oft von Eltern (der Mittelschichten) in der Sorge um den Bildungserfolg ihrer Kinder verstärkt wird, beeinträchtigen die Chancen auf gesundes Leben und Aufwachsen. Maßnahmen sind sowohl auf den relevanten strukturellen Ebenen anzusetzen wie auch auf der Ebene der Förderung individueller Kompetenzen im Umgang mit Zeit.

Die strukturellen Rahmenbedingungen der Arbeitszeiten und der Kinderbetreuung müssen Eltern genügend gestaltbare Zeit für private Sorge lassen. Den zeitlichen Verdichtungen im Bildungswesen, wie sie durch die systematischen Verkürzungen von Schulzeiten und durch Vorverlagerungen von institutionalisiertem Lernen in früheres Alter entstanden sind, muss durch „Entschleunigungen“ vor allem innerhalb der Kindertageseinrichtungen und der Schulen begegnet werden. Insgesamt sind Veränderungen der Regelungen in den jeweiligen zeitlichen Organisationen von Arbeitswelt, Schule, Betreuungseinrichtungen, Behörden und öffentlichem Nahverkehr notwendig. Diese Zeitbedingungen müssen auf regionaler und lokaler Ebene mit Maßnahmen lokaler Zeitpolitik flexibel aufeinander abgestimmt werden, um alltägliche Zeitprobleme der Familien zu vermindern.

Zeitkompetenz, d.h. der reflektierte, ökonomische, der eigenen Lebenssituation angepasste Umgang mit Zeit sowie das Erkennen der eigenen Zeitbedürfnisse müssen Eltern und Kinder erlernen. Zeitkompetenz soll deshalb auch stärker zum Gegenstand von Bildung gemacht werden durch Angebote in der Eltern- und Familienbildung, in der Jugendarbeit, im schulischem Lernen und – als eine Voraussetzung zu alledem – in der Aus- und Fortbildung der pädagogischen Berufe.

9. Überwindung von Armut und prekären Lebenslagen ist Grundvoraussetzung für nachhaltige Gesundheitsförderung

Gesundheit ist ähnlich wie die Bildung zu einer sozialen Frage geworden. Soziale Herkunft, sozialökonomische Verhältnisse sowie soziale Umwelten prägen maßgeblich die Chancen auf gesundes Leben und gesundes Aufwachsen. Die strukturelle Überwindung insbesondere von Kinder- und Familienarmut muss als relevantester Beitrag zur Herstellung auch von Gesundheitsgerechtigkeit Anerkennung finden.

Eine „Kindergrundsicherung“, bestehend aus einem Mix monetärer und realer Transfers wie dem kostenfreien Zugang zu den elementaren

Bildungs-, Betreuungs- und Förderleistungen sowie zu Kultur- und Freizeitangeboten, ist die zentrale Forderung. Solange aber Kinder und Familien von Armut und prekärem Wohlstand betroffen sind, muss gerade für sie der sichere Zugang zu den notwendigen Gesundheitsvorsorge-, Förderungs- und Versorgungsleistungen gewährleistet sein.

10. Fachliche und wissenschaftliche Fundierungen ausbauen und stärker vernetzen

Gesundheitsförderung im Sinne von Salutogenese ist auf eine entsprechende fachliche und wissenschaftliche Fundierung und Begleitung angewiesen. Die einschlägigen Fachbereiche, insbesondere die Gesundheits- und Sozialwissenschaften, müssen mit Blick auf den Querschnittscharakter der Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärker aufeinander bezogen und miteinander vernetzt sein. Dazu gehört auch, die Vielzahl regelmäßig zu erstellender Fachberichte und Studien zielgerichteter und koordinierter zu strukturieren und diese übergreifenden Auswertungen im Interesse politischer Gesamtplanungen zugänglich zu machen.

Effektive, nachhaltig wirkende Gesundheitsförderkonzepte lassen sich nur auf der Grundlage kontinuierlicher Forschungen begründen. Deshalb ist u.a. der Ausbau der KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts als Längsschnitt – und zugleich als Langzeitstudie zu fordern. Zudem sollten besondere Alltagsanforderungen wie Armut, prekäre Lebensverhältnisse, schwierige Familienkonstellationen und besondere Belastungen, gezielter auch zum Gegenstand gesundheitsbezogener Forschung gemacht werden, dies vorrangig mit dem Ziel der Entwicklung spezifischer Ressourcenförderungen für diese Familien.

Mitglieder der Steuerungsgruppe

- Ines Albrecht-Engel
  Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband e.V.
- Magda Göller
  Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz e.V.
- Norbert Hocke
  Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Wolfgang Hötzel
  Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (eaf)
- Dr. Ayyub Axel Köhler
  Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD)
- Matthias Lindner
  ver.di
- Marita Salewski
  Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V.
- Dr. Verena Wittke
  AWO Bundesverband e.V.

Mitglieder des Bundesforums Familie

Arbeiterwohlfahrt / AWO Bundesverband e.V.

Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung / AKF

Arbeitskreis Neue Erziehung / ANE

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Bertelsmann Stiftung

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen / BAGSO

Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen / BAGE

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten

Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Beratung / AGEF

Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien e.V. (BAG KiAP)

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten

Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)

Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien

Bundeselternrat / BER

Bundeskonferenz Erziehungsberatung / bke

Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern e.V. / bbe

Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e.V. / PFAD

Bundesverband für Kindertagespflege e.V.

Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder / BETA

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Bundeszentrale

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

dbb beamtenbund und tarifunion

Der Paritätische – Gesamtverband

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung / DEAE

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft

Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e.V. / DGSF

Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V.

Deutscher Betriebssportverband e.V.

Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutscher Caritasverband e.V.

Deutscher Familienverband e.V.

Deutscher Frauenrat e.V.

Deutscher Frauenring e.V.

Deutscher Gewerkschaftsbund / DGB

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Deutscher Olympischer Sportbund (DODB)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Deutscher Verkehrssicherheitsrat

Deutscher Wanderverband

Deutsches Kinderhilfswerk

Deutsches Rotes Kreuz / Generalsekretariat

(DHB) Netzwerk Haushalt, Berufsverband der Haushaltsführenden e.V.

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. / eaf

Evangelische Fachhochschule Berlin

Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung / EKFuL

Familienbund der Katholiken

Föderation türkischer Eltern in Deutschland (FöTED)

Fokolar-Bewegung

Forschungsgruppe Kommunikation und Soziales - f•k•s

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie,

Freistaat Thüringen, Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands

Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband e.V.

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur – GMK

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / GEW

Haushalt in Bildung und Forschung

Hessisches Sozialministerium

Mitglieder des Bundesforums Familie

HIPPY Deutschland e.V.

Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie / IG BCE

Industriegewerkschaft Metall

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover, IES

Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis / JFF

Integrierte Mediation e.V.

Internationaler Sozialdienst

Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland

Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie

Katholische Elternschaft Deutschlands / KED

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands / kfd Bundesverband

Katholischer Siedlungsdienst e.V.

Kolpingwerk Deutschland

Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz

Legakids

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.

Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz

Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern

Mütterzentren Bundesverband

Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband

Prager-Eltern-Kind-Programm / PEKIP

PRO FAMILIA Bundesverband

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie

SHIA e.V. Bundesverband

Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien

Sozialdienst katholischer Frauen, Gesamtverein e.V.

spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug

Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg

Stiftung Lesen

Systemische Gesellschaft – Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung e.V.

ver.di Bundesverwaltung

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. / VAMV

Verband Bildung und Erziehung / VBE

Verband binationaler Familien und Partnerschaften / iaf

Verband der Familienfrauen und -männer e.V.

Verband deutscher Realschullehrer VDR

Verband Katholischer Internate und Tagesinternate e.V.

Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) – Bundesverband e.V.

Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz e.V.

Zentralkomitee der deutschen Katholiken, ZdK

Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. / ZMD

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. / ZWST

Zukunftsforum Familie e.V. / ZFF

Ständige Gäste

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe / AGJ

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter

Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutscher Landkreistag

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Deutscher Städtetag

Deutsches Jugendinstitut / DJI

Institut für Familien- und Sozialforschung, Theologische Hochschule Friedensau

SPD-Bundestagsfraktion

Staatsinstitut für Frühpädagogik / IFP

www.bundesforum-familie.de